

# Vorerst keine Steuererhöhung geplant

Der Voranschlag 2016 des Kantons Graubünden weist ein zweistelliges Millionen-Defizit aus. Das sei verkraftbar, heisst es im Finanzdepartement. In den Folgejahren könnte sich die Lage aber noch weiter verschlechtern.

von Dario Morandi

Zumindest eine frohe Botschaft konnte sie überbringen: «Der Kanton Graubünden ist schuldenfrei», erklärte Regierungsrätin Barbara Janom Steiner gestern bei der Präsentation des Voranschlags 2016. Dafür drückt der Schuh im kantonalen Finanzhaushalt woanders. Die «Ausgabendynamik», wie es im sperrigen Buchhalterdeutsch heisst, wird weiter zulegen. Und dies besonders in den Bereichen Gesundheitswesen und Soziales, wo die Kosten weiter ansteigen.

## Keine Gewinnausschüttung

Beiträge wie etwa für das Gesundheits- und Sozialwesen seien gesetzlich gebunden «und deshalb kaum beeinflussbar», musste die Finanzdirektorin eingestehen. Zu spüren bekommt Graubünden aber auch die Auswirkungen des neuen Finanz- und Lastenausgleichs, die mit einem Minus von 17 Millionen Franken zu Buche schlagen. Ausserdem geht die Regierung davon aus, dass die Schweizerische Nationalbank keinen Gewinn ausschütten wird, was den Posten Einnahmen um 16 Millionen Franken schmälern dürfte.

## Sparrunde ist nicht in Sicht

Das hat Folgen: Die Staatsrechnung wird im nächsten Jahr voraussichtlich ein Defizit von 51 Millionen Franken ausweisen. Und eine Besserung der Finanzlage ist nicht in Sicht. Janom Steiner rechnet zwischen 2017 und 2019 mit Defiziten bis zu 90 Millionen Franken. Ein rigoroses Sparprogramm wie 2003 oder gar eine Steuererhöhung stehen aber vorerst nicht zur Debatte, wie die Regierungsrätin klarstellte.

Ein 50-Millionen-Defizit sei verkraftbar, sagte sie. Dies, nicht zuletzt mit Blick auf das Vermögen des Kantons. In den Tresoren stapeln sich momentan 400 bis 500 Millionen Franken an Barm. Zusammen mit «festen Werten» wie Liegenschaften, Anlagen und Wertpapieren sind es sogar 2,7 Milliarden Franken, die als Eigenkapital verbucht sind. Dennoch kündigte Janom Steiner



Farbe Rot dominiert das Zahlenmaterial: Regierungsrätin Barbara Janom Steiner, eskortiert von Finanzverwaltungs-Chef Andrea Seifert, erklärt den Voranschlag 2016.

Bild Yanik Bürkli

## Gesamtausgaben nach Politikbereichen

Politikbereich	Ausgaben in Millionen Franken	Wachstumsrate zum Vorjahr
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>2042</b>	<b>-2.8 %</b>
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	388	-6.4 %
Bildung	377	+1 %
Soziale Sicherheit	332	+5.4 %
Gesundheit	256	-3 %
Öffentliche Ordnung/Sicherheit	188	+6 %
Volkswirtschaft	144	-17.1 %
Allgemeine Verwaltung	142	-0.2 %
Umweltschutz und Raumordnung	88	+58.9 %
Finanzen und Steuern	82	-39.9 %
Kultur, Sport und Freizeit	44	-9.4 %

an, weiter an der «strikten Ausgaben- disziplin festzuhalten». Eine Kostprobe davon gab es bereits bei der Budgetierung im 2,4 Milliarden Franken schweren Bündner Staatshaushalt. Hätten Janom Steiner und ihre Finanzspezialisten alle Wünsche der Verwaltung berücksichtigt, wäre das Defizit sogar auf über 100 Millionen Franken angestiegen. «Die Luft im Voranschlag ist nun draussen», stellte die Finanzchefin deshalb zufrieden fest.

## Eine «konstante Ertragsituation»

Etwas mehr Luft gibt es dafür im Bereich Steuern. Da rechnet der Fiskus mit höheren Einnahmen, vor allem aus der Schatulle der Bürgerinnen und Bürger. Bei den Unternehmenssteuern wird es nach Angaben des Finanzverwaltungs-Chefs Andrea Seifert wohl bloss bei einer «konstanten Ertrags-

situation» bleiben. «Wie es letztlich auf der Einnahmenseite aussehen wird, hängt von der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung ab», so Seifert.

## 324 Millionen für den Strassenbau

Obwohl Wirtschaftsexperten von «keinem realen Wachstum» des Bündner Bruttoinlandproduktes ausgehen, will die Regierung weiter kräftig investieren. 400 Millionen Franken sind dafür im Budget vorgesehen, 247 Millionen davon stellt Graubünden aus eigenen Mitteln bereit. Zu den grössten Posten gehört mit 324 Millionen, wie in den Vorjahren, der Strassenbau sowie der Hochbau, wo zahlreiche Projekte finanziert werden müssen. Ausserdem werden rund 30 Millionen in den neuen kantonalen Finanzausgleich einbezahlt. Geld, das finanzschwachen Gemeinden zugutekommt.